

# Energiekrise zeichnet sich ab

## Peruanische Kraftfahrer streiken gegen Preisexplosion. Auch in Chile und Mexiko droht Teuerung

Von Volker Hermsdorf

Peru erlebt einen Vorgeschmack auf eine sich abzeichnende neue Energiekrise in einigen Ländern Lateinamerikas. Am Donnerstag legten Gewerkschaften und Transportverbände in großen Teilen des Landes den Verkehr lahm und kündigten einen unbefristeten Streik an. Busunternehmen, Lastwagen- und Taxifahrer protestierten gegen den akuten Mangel an Treibstoff und stark gestiegene Preise. Drei Millionen Motorradtaxifahrer unterstützen die Protestaktionen. Auslöser sind unter anderem ein Versorgungsengpass bei Fahrzeugerdgas und steigende Preise für Diesel und Benzin.

Die Betroffenen klagen, dass sich ihre täglichen Spritausgaben innerhalb kurzer Zeit vervielfacht haben. Während ein Taxifahrer früher mit rund 35 Sol (knapp neun Euro) Treibstoffkosten etwa 200 Sol Umsatz erzielen konnte, kostet eine Tankfüllung inzwischen bis zu 140 Sol. Nach zwölf Stunden Arbeit bleibt ihnen nicht einmal ein Viertel des früheren Verdienstes. Einen von der Regierung angebotenen Bonus von 120 Sol bezeichnete Jorge Garibay vom Taxiverband am Donnerstag als Hohn: »Das deckt nicht mal die Kosten eines einzigen Tages«, sagt er laut *Telesur*. Die Gewerkschaften verlangen zudem staatliche Eingriffe gegen Spekulationen an Tankstellen, eine Senkung der Steuerbelastung auf Treibstoffe und warnen vor einer Privatisierung staatlicher Energieunternehmen.

Als der Preis für eine Gallone Diesel von 15 auf 28 Sol schoss, eskalierte die Situation in der südperuanischen Stadt Arequipa und anderen Orten. Der Nahverkehr stand still. Der Unterricht an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen konnte nur virtuell durchgeführt werden. Die Behörden drohten mit Bußgeldern sowie Konzessionsentzug und heizten die Stimmung so weiter an.

Der Konflikt in Peru ist möglicherweise Vorbote einer Krise, die auch anderen lateinamerikanischen Ländern droht. Beobachter warnen vor einem neuen Inflationsschub in der Region, der sich aus dem Anstieg der Ölpreise auf den Weltmärkten infolge des Angriffskriegs der USA und Israels gegen den Iran entwickeln könnte – in einer Phase, in der viele Länder die Folgen der Pandemie langsam unter Kontrolle bringen. Ökonomen erwarten allerdings unterschiedliche Auswirkungen innerhalb der Region. Goldman Sachs spekuliert bereits über die »Gewinner und Verlierer«.

Während Ölexporture wie Brasilien, Argentinien oder Kolumbien von höheren Einnahmen profitieren und ihre Wachstumsprognosen sogar leicht anheben

könnten, zahlen Importländer die Zeche. Chile, Mexiko und vor allem Peru gelten als Nettoenergieimporteure und erleben, wie teure Energie ihre Handelsbilanzen verschlechtert, die Inflation anheizt, das Wachstum ausbremst und die Lebenshaltungskosten in die Höhe treibt. Wirtschaft und Haushalte sind gleichfalls betroffen. Auch die Landwirtschaft gerät unter Druck. Teurer Treibstoff verteuert Transport und Düngemittel.

Sollte der Ölpreis dauerhaft hoch bleiben, sind ähnliche Auseinandersetzungen wie in Peru auch in anderen Ländern Lateinamerikas zu erwarten. In Peru geht es indes nicht nur um die aktuellen Treibstoffpreise. Seit Januar tobt ein Kampf gegen das sogenannte Dringlichkeitsdekret 1025 - ein Gesetz, das als Grundpfeiler einer Strategie zur Aufspaltung des staatlichen Ölunternehmens gilt, um es Stück für Stück an private Interessenten zu verschachern. Der ehemalige Präsident des Unternehmens, Alejandro Narváez, warnte: Dieses Dekret ist der Türöffner für die Privatisierung.

Für Mittwoch ruft der Gewerkschaftsdachverband FDTC im wirtschaftlich bedeutenden Departement Cusco zum nächsten Protesttag unter anderem gegen die Preistreiberei durch Gas- und Ölmultis und die Spekulanten an den Tankstellen auf.

*<https://www.jungewelt.de/artikel/519227.streik-legt-peru-lahm-energiekrise-zeichnet-sich-ab.html>*